

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage Nr. 514

des Abgeordneten Péter Vida (BVB / FREIE WÄHLER Fraktion)

Drucksache 7/1280

Vorgänge in der Volkssolidarität Barnim: Verwendung von Sozialversicherungsbeiträgen

Namens der Landesregierung beantwortet die Ministerin für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz die Kleine Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung des Fragestellers: Seit geraumer Zeit ist die Volkssolidarität Barnim Gegenstand der öffentlichen Berichterstattung. So soll es in dessen Vorstand zu erheblichen Verwerfungen gekommen sein. Dabei stehen die Entlassung und Aufhebung der Entlassung der Geschäftsführerin verbunden mit der Amtsenthebung zweier Vorstandsmitglieder im Fokus. So werden letzteren finanzielle Unregelmäßigkeiten bei Abrechnungsvorgängen vorgeworfen, weswegen sogar Ausschlüsse angestrebt sind. Die meisten hierbei in der Diskussion stehenden Personen sind politisch in Barnimer Parteien tätig und bekleiden öffentliche Mandate oder Ämter (siehe zuletzt Bericht: Märkische Oderzeitung, 02.05.2020). Zugleich wurden Strafanzeigen wegen Untreue (oder Betrug) erstattet. Dabei wird auch der Vorwurf erhoben, dass die Vergütung der Geschäftsführerin überhöht gewesen sei. Die Volkssolidarität ist als Mitgliedsverband der Freien Wohlfahrtspflege Empfängerin von Geldern aus Sozialversicherungsbeiträgen. Die Vorgänge in der Volkssolidarität Barnim sind daher von öffentlichem Interesse.

Vorbemerkung der Landesregierung: Bei der Volkssolidarität Barnim e. V. handelt es sich um einen eingetragenen Verein. Das gesetzliche Fundament für die Gründung eines Vereins ist die Vereinigungsfreiheit gemäß Art. 9 Abs. 1 Grundgesetz (GG). Des Weiteren wird die Gründung, Organisation und Haftung des Vereins in den §§ 21 - 79 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) festgelegt. Als eingetragener Verein bestimmt dieser in seiner Satzung seine eigene körperschaftliche Verfassung weitgehend selbst und legt die Organe, wie Vorstand und Mitgliederversammlung etc., des Vereins fest. Die Vereinsautonomie ermöglicht dem Verein das Recht, seine inneren Angelegenheiten in einem festgelegten Umfang eigenverantwortlich zu regeln. Sie schützt den Verein vor staatlicher Beeinflussung und „Bvormundung“. Die Vereinsautonomie ergibt sich aus der Privatautonomie und Vertragsfreiheit. Vereinsrechtliche Vorgänge sind somit grundsätzlich als privatrechtliche Rechtsgeschäfte zu verstehen. Deshalb ist es nicht die Aufgabe der Landesregierung, das Engagement von Vereinen oder deren Mitgliedern zu kontrollieren und zu beurteilen.

Frage 1: Sind der Landesregierung die Vorgänge in der Volkssolidarität Barnim bekannt?

zu Frage 1: Der Landesregierung sind die vereinsinternen Vorgänge im Volkssolidarität Barnim e. V. nicht bekannt. Auf die Vorbemerkung wird verwiesen.

Frage 2: Wie viel Geld hat die Volkssolidarität Barnim aus Sozialversicherungsbeiträgen in den Jahren 2018 und 2019 erhalten?

zu Frage 2: Der Landesregierung liegen keine Informationen über Zuwendungen aus Sozialversicherungsbeiträgen vor.

Frage 3: Welche sonstigen Fördergelder hat die Volkssolidarität Barnim seitens des Landes oder des Landkreises Barnim erhalten?

zu Frage 3: Das Land gewährt nach Maßgabe der geltenden Förderrichtlinie vom 26.11.2018, der §§ 23 und 44 der Landeshaushaltsordnung und der hierzu erlassenen Verwaltungsvorschriften (VV/VVG) Zuwendungen zur Förderung der Netzwerke Gesunde Kinder (NGK).

Unter Pkt. 5.4.1 der geltenden Förderrichtlinie ist die maximale Zuwendungshöhe je Netzwerk in Landkreisen, in denen zwei Netzwerke gefördert werden auf 90.000 Euro festgelegt. Die Höhe der Zuwendung aus Landesmitteln in Form eines Zuschusses beträgt bis zu 80 v. H. an den zuwendungsfähigen Gesamtausgaben, wobei der maximale Zuwendungsbetrag einzuhalten ist. Der Träger als Antragsteller muss demnach einen Mitfinanzierungsanteil aus Eigen- und Drittmitteln in Höhe von mindestens 20 v. H. nachweisen, um die Gesamtfinanzierung sicher zu stellen.

Die Volkssolidarität ist Träger des Netzwerk Gesunde Kinder Barnim Süd. Folgende Beträge wurden im Rahmen des Zuwendungsverfahrens in Form einer Anteilsfinanzierung für 2018 und 2019 auf Antrag bewilligt und ausgezahlt:

Haushaltsjahr 2018

Bewilligt und ausgezahlt laut ZWB:	75.917,99 Euro
Rückzahlung am 04.04.2020:	<u>-1.612,10 Euro</u>
Gesamtzuwendung:	73.058,90 Euro

Erläuterung:

Laut Zuwendungsbescheid (ZWB) vom 11.12.2017 wurden 75.917,99 Euro (entspricht 80 v. H. der Gesamtkosten in Höhe von 94.897,49 Euro) bewilligt und ausgezahlt.

Die Prüfung für 2018 erfolgte im April 2020 kursorisch. Hierbei kam es aufgrund der angegebenen Minderausgaben in Höhe von 1.612,10 Euro am 03.04.2020 zu einer Anhörung und zur Aufforderung der Rückzahlung der Minderausgaben nebst Zinsen in Höhe von 88,37 Euro. Dieser Aufforderung ist der Zuwendungsempfänger am 04.04.2020 nachgekommen.

Haushaltsjahr 2019

Bewilligt und ausgezahlt laut ZWB:	84.157,70 Euro
Mittel für Digitalisierung:	<u>9.812,71 Euro</u>
Gesamtzuwendung:	93.970,41 Euro

Erläuterung:

Laut ZWB vom 20.12.2018 und Änderungsbescheid 04.11.2019 wurden 84.157,70 Euro (80 v. H. der Gesamtkosten in Höhe von 105.197,13 Euro) bewilligt und ausgezahlt.

Zusätzlich wurden einmalig in 2019 Mittel zur Digitalisierung in Höhe von 9.812,71 Euro, als Sonderzuwendung außerhalb der Richtlinie NGK, in Form einer Festbetragsfinanzierung bewilligt und ausgezahlt. Diese Sonderzuwendung in Höhe von bis zu 10.000,- Euro als Festbetrag wurde allen 21 Netzwerken zur Verfügung gestellt. Ein Verwendungsnachweis für 2019 liegt derzeit noch nicht vor.

Über ausgereichte Mittel des Landkreises Barnim liegen der Landesregierung keine Angaben vor.

Frage 4: Der Vorstand der Volkssolidarität Barnim will eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft beauftragen, um die finanzielle Situation des Vereins zu untersuchen. Werden hierbei anfallende Kosten aus Sozialversicherungsbeiträgen gezahlt?

Frage 5: Wie wird sichergestellt, dass Sozialversicherungsbeiträge nicht für vereinsinterne, rechtliche Streitigkeiten Verwendung finden?

Frage 7: Welche Prüfung im Hinblick auf die ordnungsgemäße Verwendung von Sozialversicherungsbeiträgen findet statt?

Frage 10: Wie wird sichergestellt, dass nicht von Amts wegen und mit öffentlichen Geldern bzw. Sozialversicherungsbeiträgen offensichtlich parteipolitisch interne Konflikte ausgetragen werden?

zu den Fragen 4, 5, 7 und 10: Die Fragen 4, 5, 7 und 10 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die Verwendung und Abrechnung von (Dritt-)Mitteln obliegt der inneren Organisation eines Vereins und fällt somit unter die freie Selbstbestimmung im Sinne der Vereinsautonomie. Auf die Vorbemerkung wird entsprechend verwiesen.

Sollten Zuwendungen nach dem Sozialgesetzbuch erbracht werden, obliegt es dem jeweiligen Leistungsträger, die ordnungsgemäße Verwendung der Mittel zu prüfen.

Erfolgt die Ausreichung von öffentlichen Mitteln in Form von Zuwendungen für Projekte, ist die Prüfung durch den Zuwendungsgeber im Rahmen der Verwendungsnachweisprüfung durchzuführen.

Frage 6: War/ist die Entlohnung der Geschäftsführerin markt- und trägerangemessen?

zu Frage 6: Die Entlohnung der Geschäftsführerin betrifft die innere Organisation eines Vereins und fällt somit unter die Vereinsautonomie. Der Landesregierung obliegt hierzu keine Bewertung. Auf die Vorbemerkung wird verwiesen.

Frage 8: Welche Kontroll- und Aufsichtspflichten kommen dem Landkreis Barnim zu? Von welchen hat er in diesem Fall wann und wie Gebrauch gemacht?

zu Frage 8: Eine behördliche Rechts- und Zweckmäßigkeitskontrolle (Fachaufsicht) wird über nachgeordnete Behörden ausgeübt. Der Volkssolidarität Barnim e. V. ist keine nachgeordnete Behörde und unterliegt deshalb keiner Fachaufsicht.

Etwaige Kontrollrechte des Landkreises Barnim können sich allein auf Grund vertraglicher Bindungen zwischen dem Volkssolidarität Barnim e. V. und dem Landkreis etwa im Rahmen von Förderverfahren ergeben.

Frage 9: Der Kita-Beirat Barnim nimmt auf seiner Webseite Stellung zu den Entwicklungen der Volkssolidarität und bezieht hierbei eindeutig Position (www.kitabeirat-barnim.de). Laut Impressum wird der Kitabeirat vom Landkreis Barnim (Jugendamt) vertreten. Ist es üblich bzw. angezeigt, dass der Landkreis in dieser Form politisch Stellung bezieht?

zu Frage 9: Die Kreiskitaelternbeiräte nach § 6a des Kindertagesstättengesetzes (KitaG) sind eigenständige und unabhängige Elternbeteiligungsgremien auf Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte. Die Vertretung nach außen wird gem. § 6a Abs. 1 KitaG durch den Landkreis bzw. durch die kreisfreie Stadt oder durch die Elternvertretungen selbst z. B. in einer Geschäftsordnung geregelt. Nur auf Landesebene ist die Vertretung des Landeskitaelternbeirates nach außen in der Kita-Elternbeiratsverordnung (KitaEBV) vorgegeben. In der Regel vertreten die jeweiligen Vorstände und nicht der Landkreis oder die kreisfreie Stadt die Kreiskitaelternbeiräte nach außen. Auch das Impressum der vom Fragesteller genannten Internetpräsenz macht die Eigenständigkeit und Eigenverantwortung des Elternremiums auf Landkreisebene deutlich. Mangels eigenständiger Postanschrift ist der Landkreis in c/o aufgeführt. Der Landkreis ist deswegen aber nicht für die Inhalte des Kreiskitaelternbeirates verantwortlich, sondern die Elternvertretungen selbst.